

Riefauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riefa,
Fersau Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riefauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontor
Dresden 1500,
Girokonto
Riefa Nr. 52.

Nr. 225.

Sonnabend, 24. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertücht, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

Gefahren des Wirtschaftsprogramms.

Durch die raiche Entschlossenheit und den so selten gewordenen Mut, mit dem die Regierung von Papen an den Aufbau ihres wirtschaftlichen Reformprogramms gegangen ist, hat sie sich einen Vorprung und psychologische Aktiva verschafft, wie sie kaum eine ihrer Vorgängerinnen gehabt hat. Fast unversehens fand sich Deutschland im Besitz eines konstruktiven wirtschaftlichen Aufbauplanes, an dem zunächst die Großzügigkeit und relative Geschlossenheit der Konzeption bestach.

Inzwischen hat man Zeit gefunden, die Dinge zu durchdenken; die Regierung andererseits war gezwungen, von den großen Linien ihres Programms in die verschlungenen Pfade der konkreten planmäßigen Gestaltung vorzudringen und dabei hat sich ergeben, daß die Schwierigkeiten, mit denen deutsche Regierungen 3 Jahre lang gerungen haben, denn doch nicht in einem fähigen Anlauf zu bewältigen sind. Bei den Versuchen, das Papensche Wirtschaftsprogramm im einzelnen auszubauen, haben sich Sinnwidrigkeiten und Unmöglichkeit ergeben, deren Ausschaltung im Rahmen dessen, was jetzt geschehen soll oder kann, unmöglich ist, deren Beseitigung insoweit die Frage aufwirft: Ist die Regierung mit ihrem Programm insgesamt oder teilweise auf dem falschen Wege oder sieht sie selbst ihre Maßnahmen als vorläufige und — nach Maßgabe der Möglichkeiten — revidierungsbedürftig an?

Zwei Hauptkomplexe haben wachsende Beunruhigung geschaffen, eine Beunruhigung, die auch jetzt, angesichts der endgültigen Entscheidung über die Einzelheiten, nicht beseitigt ist: das Zinsproblem und das Kontingenzproblem. Wie auch die endgültige Lösung des Zinsproblems aussehen mag — inwieweit sie als wirklich endgültig oder doch als mehr oder minder befriedigend angesehen werden kann, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß nicht weniger als vier verschiedene Zinsentwurfpläne — mit gleicher Heftigkeit besprochen und beantwortet — zur Diskussion standen; eine generelle Zinsentwurf, eine generelle Zinsentwurf für die Landwirtschaft, ferner ein Umtausch landwirtschaftlicher Pfandbriefe in Agrarrenten Pfandbriefe mit Reichsgarantie und Steuervorteilen, endlich Stundung aller Zinsen über 4 Prozent auf drei Jahre und Aufschlag der gestundeten Zinsen zum Kapital. Hier konnte nur ein Kompromiß, ein relativ kleinstes Übel, das absolut noch groß genug ist, erreicht werden. Ob der Weg, den man gegangen ist, ein Irrweg ist oder ein späteres Weiterstreifen zur Normalität ermöglicht, ist eine Frage der zukünftigen Entwicklung, die noch niemand überblicken kann.

Erster scheinen die Gefahren, die der Wirtschaftsentwicklung und gerade auch dem Anfordungsprogramm der Reichsregierung von der Seite der Kontingenzpolitik her drohen. Hier liegt ein organischer Fehler vor, denn diese Kontingenzentwurfspolitik ist das konträrthetische Gegenteil von Privatwirtschaft, ist es nicht nur theoretisch, sondern ist es vor allen Dingen in seinen praktischen Auswirkungen, denn selbst wenn die erhofften Vorteile für einen Teil der deutschen Agrarwirtschaft sich daraus ergeben sollten, so müssen doch zwangsläufig die zu erwartenden und hier und da schon angebrochenen Gegenmaßnahmen jene Vorteile mit sich sehr bald wieder illusorisch machen. Die Gegenmaßnahmen des Auslandes werden sich natürlich auf die deutsche industrielle Ausfuhr beziehen. Wenn auch der Binnenmarkt der härteste Abnehmer der deutschen Industrie war und bleibt, so schafft doch allein der Export die unerlässlichen zusätzlichen Einnahmen, die Deutschland zur Bedienung seiner privaten auswärtigen Verpflichtungen braucht. Vermindern sich die Exportmöglichkeiten, so sinkt die Kaufkraft, deren quantitative Auswirkungen auf die deutschen Agrarprodukte ohnehin schon beschränkt werden durch die von der Durchführung der Kontingenzentwurfspolitik mit Sicherheit zu erwartenden Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte.

Ein gefährlicher, verhängnisvoller Kreislauf, wie man sieht, dessen nähere Betrachtung und logisches Ausenden unerbittlich zu der Einsicht führt, daß die Wirtschaftsberater der Regierung Papen nicht die geringste Veranlassung haben, ihre Aufgabe mit dem jetzt geschaffenen Programm als bewältigt anzusehen, daß sie vielmehr schnellstens nach neuen Wegen suchen und vor allen Dingen den Mut finden müssen, von neuen Erkenntnissen reich Gebrauch zu machen.

Das Reichskabinett erscheint als Zeuge.

Berlin. Die Ladung der Mitglieder des Reichskabinetts, nämlich des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers, des Reichsaußenministers und des Staatssekretärs v. Bland, durch den Untersuchungsaußenminister des Reichstages für Dienstag 15 Uhr ist nunmehr beim Reichskabinett eingegangen. Das Kabinett hat beschlossen, daß die geladenen Herren mit Ausnahme des in Genf weilenden Reichsaußenministers dieser Zeugenladung Folge leisten, und zwar aus dem alleinigen Grunde, weil sowohl entstellende und unrichtige Aussagen im Ausschuss erfolgt seien, als es dringend notwendig sei, den tatsächlichen Verlauf der Dinge vor der deutschen Nation klarzustellen.

Im übrigen bleibt es bei der alten Auffassung der Reichsregierung, daß die Mitglieder der Regierung im Sinne der politischen Vertretung erst dann in den Ausschüssen wieder erscheinen werden, wenn sowohl der Reichstagspräsident wie auch die Ausschüsse selbst sich auf den Standpunkt stellen, daß die in der letzten Reichstagsitzung erfolgte Abstimmung rechtsunwirksam sei.

Wir wollen helfen! Aufruf zur neuen Winterhilfe.

Ein neuer schwerer Winter steht vor der Tür. Wirtshelende Nächstenliebe, die aus freiem Willen hilft, was sie entbehren kann, vermag viel. Sie muß neben die Anstrengungen von Reich, Ländern und Gemeinden treten, um die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen vor der äußersten Not zu schützen.

Daß diese Nächstenliebe noch lebendig ist, hat der vorige Winter bewiesen. Trotz der Verarmung unseres Volkes wurde mehr gegeben, als je zuvor, — dank der großen Opfer aller derrer, denen es erst mit dem Worte:

Wir wollen helfen!

War diese Hilfe auch bescheiden gegenüber der Not der Millionen, so hat sie doch in vielen Hunderttausenden den Mut gekürt, in fast hoffnungsloser Lage auszuhalten.

Auch in diesem Winter muß und wird die Leistung aller Deutschen, die guten Willens sind, lauten:

Wir wollen helfen!

Im Namen aller Hilfsbedürftigen, im Namen aller offenen und verschwiegenen Not bitten die unterzeichneten Verbände:

Selbst weiter in opferbereiter Liebe!
Selbst von Mensch zu Mensch, soweit Ihr könnt!
Selbst aber auch durch Spenden an Lebensmittel, Kleidungs- und Hilfsstoffen, an Heizmaterialien und an Geld den in der Winterhilfe tätigen Organisationen, damit sie in gewisshafter, geordneter Arbeit den Kampf gegen die Not weiter führen können!

Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege:

Central-Ausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. — Deutscher Caritas-Verband. — Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Jugend. — Deutsches Rotkreuz. — Röntgen Wohlfahrtsverband. — Christliche Arbeiterhilfe.

Reichspräsident und Reichsregierung schließen sich mit folgendem Geleitwort an:

Trotz manchem Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage gilt es dennoch wieder einen schweren Winter wirtschaftlicher Bedrängnis zu übersehen. Epermut des Deutschen für den Deutschen muß hier abermals ein harter Deller sein. Auch in diesem Jahre ergeht daher der Aufruf zur Winterhilfe. Reichspräsident und Reichsregierung unterföhren ihn mit der dringenden Bitte an Alle, in Erfüllung sittlicher und menschlicher Nächstenpflicht auch für den kommenden Winter in der Liebessätigkeit nicht nachzulassen. Wer diese Bitte erhört, lindert nicht nur die Not des Einzelnen, er dient auch dem Vaterlande. Darum denkt an Deutschland und helf!

Berlin, 24. September 1932.

Der Reichspräsident: von Hindenburg Für die Reichsregierung: von Papen, Reichskanzler.

Auch die Städte helfen mit.

Der Aufruf zur Winterhilfe der freien Wohlfahrtspflege haben außer Reichspräsident und Reichsregierung auch die kommunalen Zwickerverbände mit einem Geleitwort unterstützt. Das Geleitwort ist unterzeichnet vom Deutschen Städteverband, Deutschen Landkreistag, Reichsstadtebund, Verband der Preussischen Provinzen und Deutschen Landgemeindeförderung. Es hat folgenden Wortlaut: Die Gemeinden und Gemeindeförderung sind mit allen Kräften bemüht, die große allgemeine Not zu lindern. Aber ihre Mittel sind beengt. Hier muß die freie Wohlfahrtspflege ergänzend eingreifen. Alle müssen in dem kommenden schweren Winter zusammenstehen. Die Kommunen richten die dringende Bitte an alle, die helfen können, zu ihrem Teile dazu beizutragen, daß den Volksgenossen, die in Not sind, über die schwere Zeit hinweggeholfen werden kann.

Ausprache um die deutsche Gleichberechtigung beginnt Deutschland beharrt nach wie vor auf seinem Standpunkt.

Simon bei Neurath

Genf, 24. September.

Der englische Außenminister Sir John Simon suchte Freitagabend den deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath am Sitz der deutschen Delegation im Carlton-Park-Hotel auf. Der Besuch dauerte nahezu zwei Stunden. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird Stillschweigen gewahrt.

Ueber die Unterredung wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß in der zweistündigen Besprechung das ganze Abrüstungsproblem mit besonderer Beziehung auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung durchgesprochen worden sei. Bestimmte Vorschläge seien von keiner Seite gemacht worden. Eine Unterredung über die Fortsetzung der Besprechungen sei noch nicht getroffen worden.

* Genf. In internationalen Kreisen wurde am Freitagabend viel bemerkt, daß Außenminister Simon bereits am ersten Tage der Ratstagung die Initiative ergriffen hat, um eine persönliche Unterredung mit dem deutschen Außenminister herbeizuföhren. Simon begab sich um 18 1/2 Uhr ins Hotel Carlton, den Sitz der deutschen Abordnung. Die Unterredung fand ohne Zeugen statt. Damit haben die allgemein mit Spannung erwarteten vertraulichen Besprechungen zwischen Deutschland und den europäischen Hauptmächten begonnen. Man nimmt an, daß diese Besprechungen bis zum Eintreffen Herrlots am Montag eine gewisse Klärung herbeiföhren werden, so daß sie dann gemeinsam zwischen den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens fortgesetzt werden könnten. Auf deutscher Seite wird nochmals betont, daß nur die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung Deutschland wieder an den Verhandlungstisch der Abrüstungskonferenz bringen könne.

Nächste Büroöffnung bereits am Montag.

Starker Widerstand gegen Henderson.

* Genf. Das innere Büro der Abrüstungskonferenz, dem Henderson, Benesch, Politis und Drummond angehören, trat am Freitag nachmittag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Es wurde beschlossen, daß das Büro der Konferenz bereits am Montag nachmittag wieder zusammentreten soll, da Henderson am Mittwoch nach London verreise, um an der am Freitag beginnenden Tagung des Volkswirtschaftsausschusses der Arbeiterpartei teilzunehmen. In der Freitagssitzung soll sich harter Widerstand gegen die

Bestrebungen Henderson geltend gemacht haben, die Gleichberechtigungsforderung in einer öffentlichen Sitzung des Büros zu behandeln. Henderson beabsichtigt, seine Bemerkungen, in Parallele mit den Versuchen des englischen Außenministers in der Frage der Gleichberechtigung in direkten vertraulichen Ausprachen zu klären, weiter fortzusetzen.

Der Reichsaußenminister nur kurze Zeit in Genf.

* Genf. Der Reichsaußenminister beabsichtigt, zunächst nur für kurze Zeit in Genf zu bleiben. Sollte während seiner Anwesenheit die allgemein erwartete Besprechung über die Gleichberechtigungsforderung zu keinem Erfolge föhren, so wird man auf deutscher Seite rubig den weiteren Verlauf der Abrüstungsverhandlungen abwarten. Für die deutsche Regierung besteht nicht die geringste Veranlassung, in dieser Frage in irgendeiner Richtung der Gegenseite entgegenzukommen.

Um die deutsche Gleichberechtigung.

Offener Brief Coudenhoves an Herrlot.

* Berlin. Der Präsident der zur Zeit in Basel tagenden paneuropäischen Union hat an den französischen Ministerpräsidenten Herrlot einen offenen Brief folgenden Inhalts gerichtet: „Zweien lese ich in den Zeitungen ihre ablehnende Erklärung über die deutsche Gleichberechtigung. Da Sie die Freundschaft hatten, das Ehrenpräsidium des Europa-Kongresses zu übernehmen, den ich nach Basel einberufen hatte, fühle ich mich zur Vermeidung jedes Mißverständnisses veranlaßt, die Unvereinbarkeit meiner Auffassung von europäischer Gemeinschaft mit Ihrer Erklärung: „Rein, niemals, nicht“ zum Ausdruck zu bringen. Ich bin im Gegenteil zutiefst davon überzeugt, daß nichts die deutschen Gefühle der Enttäuschung und des Hasses mehr zu steigern vermag, als die Aufrechterhaltung der Ungleichheit, unter der die nationale Ehre dieser großen europäischen Nation leidet; der gleichen Nation, deren Genies Goethe und Beethoven Sie so bereit geschuldet haben. Denn das natürliche Ehrgefühl wird sich stets als stärker erweisen, als alle politischen Vorteile, die zugunsten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit sprechen. Darum wird jede europäische Verständigung unmöglich, solange sich Frankreich dem elementaren Grundsatz der Gleichberechtigung widersetzt.“

Coudenhove redet dann einem europäischen Völkergemeinschaftlicher Hilfeleistung und obligatorischer Schiedsbarkeit einer gemeinsamen Luftflotte, einem Militärbündnis und einem intereuropäischen Generalstab, dem die Kontrolle sämtlicher europäischer Rüstungen obliegt, das Wort.